



Braunes Gold, Pflanzennährstoff oder Umweltgift: GülLEN ist in jedem Fall ein Politikum.
(Igis im Churer Rheintal, 1. Juni 2013)

Schweizer Bauern spritzen zu viel Gülle auf ihre Felder. Tricksen einzelne sogar das System aus?

Carole Koch



Seit Jahrzehnten scheitert unsere Landwirtschaft daran, ihre Stickstoffüberschüsse zu senken.

Es stinkt. Das sagten viele, die in den letzten Wochen über Bergwiesen gestapft sind. Und damit auch über Mist, Gülle, Jauche. Für die einen ist es braunes Gold, für die anderen schlicht – Scheisse.

Der Geruch gehört zum Landleben wie der von Heu im Sommer. Auffallend war jedoch schon, wie umtriebzig die Bauern noch im November mit ihren Anhängern hin und her kurvten, hoch und runter, um noch vor dem Schnee die Güllelöcher zu leeren.

Einer von ihnen ist Ueli, dessen Kühe ich oft mit hartem Brot füttere. Also gehe ich rüber zum Stall, wo Ueli gerade am Misten ist. «Du Ueli, liegt nicht etwas viel Gülle auf den Wiesen?» frage ich, und er stützt die Arme auf die Schaufel und sagt: «Zu viel? Kühe trinken, fressen und scheissen. Du kannst auch nicht die halbe Portion loswerden, oder?»

Nein. Aber so einfach ist es nicht. «Die Schweiz ersäuft in Gülle», titelt die Boulevardpresse in diesen Tagen. Und tatsächlich geht es um mehr als ein bisschen Beissen in der Nase: Es geht um zu viel Ammoniak in der Luft oder zu viel Nitrat im Grundwasser.

Es geht um Gülletourismus oder Schwarzdünger, der auf dem Acker so illegal ist wie Schwarzgeld auf der Bank. Und es geht um ein politisches Hickhack, in dem der Nationalrat jetzt beschlossen hat, Überschüsse «angemessen» zu reduzieren.

43 000 Tonnen Ammoniak

Dabei wäre Gülle eine gute Sache. Agrarexperten reden lieber von Dünger und noch lieber von Nährstoffen. Diese sind ebenso im natürlichen Gemisch von Urin und Kot enthalten wie im künstlichen Pendant.

Stickstoff und Phosphor helfen den Pflanzen zu wachsen – wenn er richtig und vor allem massvoll eingesetzt wird. Hierzulande hingegen wird salopp gesagt so viel gedüngt, als ob noch ein paar Kantone mehr zu kultivieren wären.

Was Pflanzen und Böden nicht aufnehmen können, landet in der Umwelt. Als Ammoniak in der Luft zum Beispiel, wo er Feinstoff bildet, der Menschen krank machen kann.

Der Wind bläst den Stickstoff in natürliche Ökosysteme und sogar Naturschutzgebiete: 90 Prozent der Waldflächen, fast alle Hochmoore sowie ein Drittel aller Trockenwiesen sind mit Stickstoff überdüngt.

Bäume werden schwächer, Blumenarten verschwinden und mit ihnen die Insekten und die Vögel. Die Ammoniak-Emissionen liegen bei 43 000 Tonnen pro Jahr, 40 Prozent über dem Umweltziel von 25 000 Tonnen. Im Nutzflächenvergleich zählt das Heidiland nach den Niederlanden und Belgien zu den Spitzenreitern Europas.

«Es ist schon so», sagt Ueli und hebt entschuldigend die Hände, «wo ich Gülle, wächst zwar viel Gras, aber keine Blumen mehr.» Darum passt er immer höllisch auf und führt nie mehr aus als nötig. 24 Mutterkühe und ein paar Schafe hat Ueli auf 30 Berghektaren. Die wiederum produzieren gerade genug Dünger, um auf seinen Wiesen genug Futtergras wachsen zu lassen. Am Ende bleibt kein Mist übrig, die Nährstoffbilanz ist ausgeglichen, so muss es sein.

Mit der intensiven Landwirtschaft wird dieses Gleichgewicht zur Illusion. Insbesondere auf Betrieben, die viel mehr Tiere halten, als sie mit der eigenen Ernte füttern können.

Hätte auch Ueli mehr Kühe, um mehr Fleisch zu produzieren, müsste er Futter und Dünger zukaufen, die oft aus Importen stammen. «Aber das ist nur Geldmacherei», sagt er und winkt ab. «Da behalte ich meine Kälber lieber zwei Wochen länger.»

Und so muss sich Ueli auch nicht mit der Frage herumschlagen, wie er überschüssige Gülle loswerden kann. Manche Bauern gäben diese anderen ab, erzählt er. Manche würden sie halt doch auf ihren Feldern entsorgen oder einen Lastwagen bestellen. «Aber Gülle im ganzen Land herumkarren, ist das nicht gestört?»

Mit Sicherheit ist ein Geschäft namens Güllentourismus entstanden. Darauf spezialisiert ist zum Beispiel die Peter Briner AG in Hagenbuch (ZH). Mit rund 50 Lastwagen in der Flotte holt der Düngerhändler bei Kunden in der ganzen Schweiz Mist ab, um ihn anderswo wieder auszubringen, treu dem Firmenmotto «Dä Briner bringt's – au wänn är's holt».

Auf diesen Service angewiesen ist man insbesondere in der Zentral und Ostschweiz, wo am meisten Tiere intensiv gehalten werden. Um alle Lastwagenladungen loszuwerden, ist die Schweiz nicht gross genug. Hühnermist aus dem St. Gallischen wurde schon bis zu 700 Kilometer weit in den Raum Leipzig oder Hannover transportiert.

Solche Auswüchse sorgen nicht nur bei Bauern wie Ueli für Kopfschütteln, sie halten auch die Behörden seit einer halben Ewigkeit auf Trab: 1996 wurde der ökologische Leistungsnachweis ÖLN eingeführt. Er galt als Errungenschaft der Agrarreform, weil die Direktzahlungen an ökologische Leistungen wie geschlossene Nährstoffkreisläufe geknüpft wurden. 20 Jahre später stellte der Bundesrat fest, dass keines der gesteckten Umweltziele vollständig erreicht wurde.

Bis heute sind die Stickstoffemissionen viel zu hoch. Und sind Reduktionsziele endlich formuliert, werden sie im nächsten Schritt schon wieder abgeschwächt.

«Seit 20 Jahren wird das Umweltgesetz im grossen Stil verletzt.»

Das kritisiert Andreas Bosshard schon seit Jahren. Als Geschäftsführer der Denkfabrik Vision Landwirtschaft fordert er eine ökologischere Agrarlandschaft. Die Absenktziele der angedachten Agrarpolitik 22+ sind für ihn eine «reine Provokation»: Konkret sollen Stickstoffüberschüsse bis 2025 «nur» um 10 Prozent gesenkt werden und bis 2030 um 20 Prozent gegenüber dem Schnitt der Jahre 2014 bis 2016. Noch weniger, als die Politik vor zehn Jahren anstrebte, sagt Bosshard.

Momentan scheint die ganze grüne Landwirtschaftsreform ohnehin auf dem Misthaufen zu landen. Die Agrarlobby sei zu stark, der Mist schon geführt, wenn der Ständerat am 14. Dezember über eine Sistierung der AP 22+ abstimmt. «Es ist gravierend», sagt Bosshard. «Seit 20 Jahren wird das Umweltgesetz im grossen Stil verletzt.»

Manipulation und Schwarzdünger

Wie ist das möglich? Andreas Bosshard ortet ein Problem in der Nährstoffbilanz, mit der Bauern ausweisen müssen, keinen überschüssigen Stickstoff auszubringen. «Aber niemand kann kontrollieren, was da eingefüllt wird» sagt er. Gemäss einer Studie der Agroscope besteht viel «Spielraum für Manipulation». Weil jeder Bauer selber eingeben kann, wie viel Futter und Dünger er zukaft. Und auf dieser Basis spuckt der Computer dann aus, wie viel raus auf die Felder darf.

Weil das System auf Vertrauen basiert, ist es anfällig für Missbrauch. Man kann zum Beispiel Dünger ausbringen, ohne diesen zu deklarieren. In der Szene spricht man von Schwarzdünger.

Es soll auch Bauern geben, die externe Dienstleister mit Aussäen und Düngen beauftragen. Letzteres steht dann einfach nicht auf der Rechnung und fehlt schliesslich auch in der Bilanz.

Es sind nicht bloss Grüne, die mehr Transparenz fordern. Johannes Hunkeler, Nährstoffexperte beim Bundesamt für Landwirtschaft BLW, sieht in der «Selbstdeklaration ein grosses Problem, das korrigiert werden muss». Darum ist er auch so froh darüber, dass jetzt auch der Nationalrat eine Offenlegung aller Nährstofflieferungen fordert. Es würde das Ende der Black Box bedeuten, weil Händler alle Futtermittel- oder Düngerverkäufe erfassen müssten.

Hunkeler bezeichnet den Ansatz als Schlüssel, um Stickstoffüberschüsse endlich in den Griff zu bekommen. Es könnte zudem helfen, das angeschlagene Vertrauen in die Landwirtschaft wiederherzustellen.

Und Ueli? Findet die Idee auch gut, zumal er Zukäufe gar nicht mehr selber eintragen müsste. «Von mir aus, loslegen», sagt er und zuckt mit den Schultern. «Aber du, ich muss jetzt, meine Kühe haben Hunger.»

Mehr Transparenz, mehr Vertrauen. Wer kann schon etwas dagegen haben? Martin Rufer, Direktor des Schweizer Bauernverbands, zum Beispiel. «In dieser Form können wir einer Offenlegungspflicht nicht zustimmen», sagt er. Warum nicht? «Das System hat tatsächlich Macken, aber man muss es ganzheitlich aktualisieren.» Ganzheitlich? «Werden Nährstofflieferungen erfasst, müssen konsequenterweise auch Positionen wie Futterlagerungen einbezogen werden.»

Es ist eine Logik, der schwer zu folgen ist. Sind Angaben korrekt, sollte sich inhaltlich nichts ändern. Ausserdem hat sich der Bauernverband zuvor gegen den administrativen Aufwand gewehrt. Jetzt plädiert der Direktor für mehr Aufwand? Wer für Transparenz ist, müsste die Offenlegung doch als ersten Schritt in die richtige Richtung sehen. «Es ist keine Ausrede», sagt Rufer. «Aber wenn man bei so einem System an einem Rädchen dreht, kann das einen Riesen-Impakt haben.»